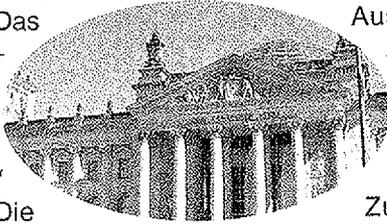


## Bundesfamilienministerin kündigt Elterngeld-Reform an Anzahl der Partnermonate soll auf vier Monate erhöht werden

**zwd Berlin (jvo).** Bundesfamilienministerin Kristina Köhler (CDU) plant für das Jahr 2010, die Partnermonate auszubauen. Die Anzahl von derzeit zwei Monaten soll auf vier Monate erhöht werden. Das kündigte sie im zuständigen Ausschuss des Bundestags unter dem Stichwort „Zeit für Verantwortung“ am 18. Januar an. Die Höchstbezugsdauer für Fälle, in denen beide PartnerInnen eine berufliche Auszeit zur Betreuung ihres Kindes nehmen, würde dann 16 Monate betragen. Ferner plant die Ministerin ein Teilelterngeld für Eltern einzuführen, die beide parallel Teilzeit arbeiten möchten. Diese Verbesserungen sollen nach Aussage Köhlers 2011 gesetzlich verankert werden.



Das Angebot an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige soll bis 2013 auf 35 Prozent erhöht werden. „Daran darf nicht gerüttelt werden“, betonte Köhler gegenüber den Ausschussmitgliedern.

Auch der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz stehe nicht zur Disposition. In diesem Zusammenhang verwies Köhler auf die Diskussion um die Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern, die ihre Kinder lieber zu Hause betreuen wollen. „Das Jahr 2013 wird das Jahr der Wahrheit für das Betreuungsgeld“, kündigte die Ministerin an, ließ jedoch offen, wohin der Weg gehen könnte. „Es ist ein Zielkonflikt und den müssen wir auflösen.“

## Kommunen Anspruch auf Kita- Platz „nicht einlösbar“

**zwd Berlin (jvo).** Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert eine Abkehr von der verbindlichen Betreuungsplatz-Zusage ab 2013 für jedes Kind unter drei Jahren. Diese Garantie werde nicht einlösbar sein, warnte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg am 4. Januar in Berlin. Anlass zu dieser Einschätzung gab eine Forsa-Umfrage, wonach 66 Prozent der Eltern einen Krippenplatz wünschen. Der Bund hatte beim Ausbaubeschluss dagegen nur 35 Prozent Bedarf in der Altersgruppe unterstellt.

## SPD fordert Ministerin Köhler zum Handeln auf

Die SPD sieht nun Bundesfamilienministerin Kristina Köhler (CDU) unter Zugzwang. Als Erstes müsse ihr Ministerium dringend ermitteln, ob mehr Eltern als bisher angenommen Betreuungsplätze nachfragen würden, erklärte die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Caren Marks. Weiterhin müsse die Ministerin konkrete Lösungen aufzeigen, wie der Betreuungsausbau beschleunigt werden kann. Marks mahnte zudem an, das Betreuungsgeld aufzugeben. Die dafür eingeplanten Mittel von schätzungsweise 1,4 bis 1,9 Milliarden Euro jährlich seien in Kinderbetreuungsplätzen viel sinnvoller angelegt.

Nach dem Urteil der Vorsitzenden der Frauen Union, Maria Böhmer (CDU), liegen die Versäumnisse beim Ausbau der Kinderbetreuung vor allem bei den Kommunen. Sie hätten zu lange „ihre Augen vor den Bedürfnissen junger Familien verschlossen“. Zugleich wies Böhmer darauf hin, dass mit dem Kinderförderungsgesetz der Bund finanzielle Hilfen für den Ausbau der Kinderbetreuung bereit stellt. „Nun sind die Kommunen am Zuge“, so die CDU-Frauenpolitikerin.

## Frauenhäuser

### Tagessatzfinanzierung in der Kritik

**zwd Berlin (jvo).** Die Finanzierung der Frauenhäuser wird den Bundestag auch im neuen Jahr beschäftigen. Zwei Anträge der Grünen-Fraktion sowie der Linksfraktion hat das Plenum in seiner letzten Sitzungswoche 2009 an die Fachausschüsse überwiesen. In der vorangegangenen Debatte kritisierte die Abgeordnete **Kirsten Tackmann** (Die Linke) insbesondere die Tagessatzfinanzierung. Diese bedeute, dass die Kosten von den Kommunen nur übernommen werden, wenn die Frauen Anspruch auf Hartz IV oder Sozialgeld haben. Andere Zuflucht-suchende müssten selber zahlen oder ihnen bleibe der Zugang verwehrt.

Auch nach dem Willen der grünen Fraktion soll der Zugang zu Frauenhäusern kostenlos sein. Im Gegensatz zur Linksfraktion favorisieren die Grünen aber nicht von vornherein eine bundesweite Regelung. Die Fraktion fordert Bundesregierung und Länder auf, gemeinsam bundesweit bedarfsgerechte und kostenlose Möglichkeiten zu schaffen. „Sollten allerdings die Gespräche zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis kommen, müssen wir über eine bundesweit gültige Regelung nachdenken“, betonte die frauenpolitische Sprecherin der grünen Fraktion, **Monika Lazar**.

Die frauenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Dorothee Bär**, wies darauf hin, dass die Koalition eine bundesweite Notrufnummer beschlossen habe, die künftig Betroffenen konkrete Unterstützung vor Ort vermitteln soll. Zudem hätten sich Union und FDP darauf geeinigt, einen Bericht zur Lage der Frauen- und Kinderschutzhäuser vorzulegen. Für Mitte 2010 werde außerdem eine Stellungnahme der Arbeitsgruppe Frauenhaus des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge mit konkreten Empfehlungen erwartet.

# Ravensburger Elternsurvey 2010 zum „Elterlichen Wohlbefinden“ Betreuungsgeld für Väter und Mütter zweitrangig

**zwd Berlin (tag). Von der Politik erhoffen sich die Befragten des Ravensburger Elternsurveys 2010 in erster Linie eine Verbesserung der zeitlichen Situation von Familien. Die AutorInnen der Studie – Prof. Hans Bertram (Humboldt-Universität Berlin) und Prof. Katharina Spieß (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) – plädieren deshalb dafür, den künftigen familienpolitische Schwerpunkt vor allem auf Maßnahmen zu richten, die dem Bereich „Zeitpolitik“ zuzuordnen sind.**

Bei der Vorstellung des Elternsurveys am 28. Januar hoben die beiden WissenschaftlerInnen drei Maßnahmen hervor, die in der Kategorie „Zeit“ hohe Zustimmungsraten bei den befragten Eltern erreichten:

- mehr Flexibilität in Notsituationen (97 %),
- flexiblere Arbeitszeiten (96 %),
- weitere Verbreitung von Arbeitszeitkonten (87 %).

Neben dem Zeitfaktor kann der Untersuchung zufolge das elterliche Wohlbefinden auch durch politische Maßnahmen in den Bereichen „Infrastruktur“ und „Geld“ gesteigert werden.

## **Kitas: Flexiblere Öffnungszeiten gewünscht**

Bei der Infrastruktur spielen für die Eltern – auch mit kleinen Kindern unter drei Jahren – flexible Öffnungszeiten von Kindertagesstätten eine besondere Rolle. Zudem sind fast 90 Prozent aller Eltern – Paare und Alleinerziehende – der Überzeugung, dass „eine stärkere Förderung von Kindern aus benachteiligten Elternhäusern ein wichtiges Ziel beim Ausbau der Kinderbetreuung sein sollte“. Demgegenüber fallen andere Ziele wie der Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige über fünf Stunden hinaus oder der Ausbau der Tagespflege deutlich zurück.

## **Kindergartenkosten steuerlich besser berücksichtigen**

In der Kategorie „Geld“ halten 90 Prozent der Befragten zuvorderst die Maßnahme „stärkere steuerliche Berücksichtigung von Kindergartenkosten“ für geeignet, die ökonomische Situation von Familien zu verbessern. Das Betreuungsgeld – welches mit insgesamt 60 Prozent als wichtig oder sehr wichtig eingestuft wird – tritt nach den Ergebnissen von Bertram und Spieß „gegenüber den anderen finanziellen Maßnahmen eher zurück“.

Bundesfrauenministerin Kristina Köhler (CDU), die ihre Teilnahme an der Survey-Vorstellung kurzfristig abgesagt hatte, zieht aus den Ergebnissen den folgenden Schluss: „Wenn wir wirkliche Wahlfreiheit wollen, geht es also um mehr als um die Entscheidung, ob Kinder zuhause oder in einer Kita betreut werden“.

Wahlfreiheit brauche PartnerInnen in der Elternbeziehung, welche gemeinsam Verantwortung übernehmen. In der Arbeitswelt benötige Wahlfreiheit ChefInnen, die bereit sind, ihren Mitarbeitenden Zeit und Verantwortung zu geben. Dies möchte Köhler durch mehr Partnermonate – vier statt derzeit zwei – unterstützen.

## **Sechs Dimensionen elterlichen Wohlbefindens**

Der Ravensburger Survey 2010 ist eine repräsentative Analyse, für die bundesweit 1.000 Väter und 1.000 Mütter mit mindestens einem Kind unter sechs Jahren zu sechs unter-



Prof. H. Bertram (li.) und Prof. K. Spieß (re. im Bild) stellten zusammen mit Dorothee Hess-Maier, Vorsitzende der Stiftung Ravensburger Verlag, Ergebnisse des Elternsurveys vor.

schiedlichen Dimensionen des „elterlichen Wohlbefindens“ befragt wurden: Neben dem „familienpolitischen Wohlbefinden“ gehörten dazu auch das materielle und gesundheitliche Wohlbefinden, die Bildungssituation, Erwerbstätigkeit und Unterstützung durch soziale Netzwerke (vgl. Schaubild unten). Eines der überraschenden Ergebnisse ist die zunehmende Bedeutung der Großeltern als Kinderbetreuende und GesprächspartnerInnen. Im Unterschied zu früheren Zeiten leben viele Großeltern nicht im Haushalt ihrer Kinder, doch sie wohnen häufig in demselben Ort. Diese räumliche Trennung fördert laut Bertram ein entspannteres Verhältnis zwischen den Generationen.





DGB-Fachkonferenz

## Bedeutung des weiblichen Familieneinkommens wächst

**zwd Berlin (jvo). Immer mehr Frauen müssen den Großteil des Familieneinkommens erwirtschaften. Oft fällt ihnen die Rolle aus einer Notsituation heraus zu, da sie allein erziehend sind oder der Partner prekär beschäftigt oder arbeitslos ist. Ein vom DGB initiiertes „Politikentwicklungsprojekt“ soll nun dazu beitragen, den Arbeitsmarkt an die neue Rolle der Frau als Familienernährerin anzupassen.**

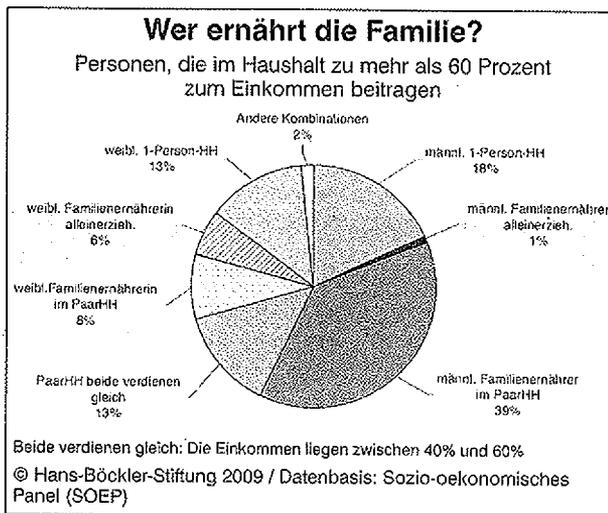
„Die Zeiten, in denen es selbstverständlich war, dass der Mann die Familie ernährt, sind ohne Zweifel vorbei“, betonte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock am 14. Januar auf der Fachkonferenz „Wer ernährt die Familie?“. In der Praxis erweise sich der Rollentausch jedoch als schwierig. Vorläufige Forschungsergebnisse der Hans-Böckler-Stiftung zeigen, dass mittlerweile in zwei von fünf Haushalten Frauen den wesentlichen Einkommensbeitrag leisten, rund 15

Prozent sind Familienernährerinnen. Das heißt, sie zahlen mehr als 60 Prozent in die Familienkasse ein oder sie sind allein erziehend (vgl. Grafik).

Die Hälfte der Familienernährerinnen sei selbst nur teilzeitbeschäftigt, referierte die Leiterin des Forschungsprojekts, Christina Klenner. Oft würden sie von der neuen Situation überrascht. Daher ist aus ihrer Sicht der aktuelle Trend zur „unfreiwilligen Familienernährerin“ nicht zukunftsweisend. Die Mehrheit der Befragten wünsche sich eine egalitäre Partnerschaft. Bisher verdienen allerdings nur in 16 Prozent der Mehrpersonenhaushalte beide PartnerInnen gleich viel.

Im Rahmen ihres neuen Kooperationsprojekts wollen der DGB, das Bundesfrauenministerium und die

Hans-Böckler-Stiftung im gemeinsamen Dialog die Forschungsergebnisse zum Thema „flexible Familien-



ernährerinnen“ politisch bewerten. Darauf aufbauend sollen in den kommenden zwei Jahren Handlungsansätze für Arbeitsmarktreflexen entwickelt werden.

Die Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesfrauenministerium, Eva Maria Welskop-Deffaa, bezeichnete das Projekt als „exemplarisch für eine moderne Frauenpolitik in der Lebenslaufperspektive“. Insbesondere vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise würden neue gleichstellungspolitische Handlungsansätze an Bedeutung gewinnen. Sie rechnet damit, dass infolge der Finanzkrise vor allem Männer ihren Job verlieren und dadurch immer mehr Frauen mit Teilzeitjobs zur Familienernährerin werden.

## Aus dem Bundestag

### Vollzeitbeschäftigung im Sinkflug.

Aus einer Antwort der Bundesregierung (Drs. 17/189) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag (Drs. 17/64) geht hervor, dass sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen ab- und Teilzeitstellen zunehmen. Von Juni 1999 bis Juni 2008 sanken die Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit von 23,8 Millionen auf 22,44 Millionen, was einem Rückgang von 5,7 Prozent entspricht. Im gleichen Zeitraum erreichte dagegen die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung die 5 Millionen-Marke – ein Anstieg von 36 Prozent. Im März 2009 sanken die Vollzeitstellen auf 22,22 Millionen, während die Teilzeitstellen auf 5,1 Millionen kletterten. Zu diesem Zeitpunkt waren 63 Prozent der Vollzeitbeschäftigten Männer (Frauen: 37 %). Umgekehrt überwoogen Frauen in Teilzeit (84 Prozent), der Anteil der männlichen Teilzeitbeschäftigten lag dagegen nur bei 16 Prozent. (zwd)

### Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien.

Die an Deutschland gerichteten Rügen der EU-Kommission wegen mangelhafter Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien werden derzeit von der Bundesregierung geprüft. Details könnten – mit Berufung auf die „geschützte Zusammenarbeit von Europäischer Kommission und Mitgliedsstaaten“ – allerdings nicht genannt werden, heißt es in der Regierungsantwort (Drs. 17/421) auf eine kleine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion. Diese hatte unter anderem danach gefragt, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen will, um den Schutz gegen diskriminierende Kündigungen aus Gründen der „Rasse“ oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder sexuellen Identität „ausdrücklich gesetzlich zu verankern“. (zwd)

## Wachstumsstrategie der EU nach 2010

# Rat und Kommission wollen Geschlechter-Politik forcieren

**zwd Brüssel (tag).** Die EU-Kommission und der Rat der Europäischen Union dringen darauf, die Gleichstellung der Geschlechter ins Zentrum der Post-Lissabon-Strategie zu rücken. Die künftige Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union (EU) bis 2020 solle der geschlechtsspezifischen Dimension stärker Rechnung tragen, schreibt die EU-Kommission in ihrem aktuellen Bericht „Gleichstellung von Frauen und Männern – 2010“. Gleichstellung sei „Teil der Lösung zur Überwindung der Krise“ und könne langfristig auch zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt beitragen.

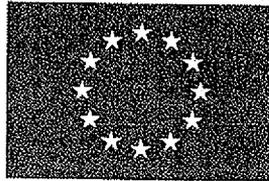
Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, erläuterte zum Bericht, dass aufgrund der Wirtschaftskrise zunächst vor allem Männer ihre Arbeitsplätze verloren hätten – etwa in der Industrie- und Baubranche. Nun dehne sich aber die Arbeitslosigkeit auf weitere Bereiche aus, in denen ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmenden bestehe, sowie auf den öffentlichen Sektor, wo mehr Frauen beschäftigt seien.

### Hochwertige Arbeitsplätze als „beste Garantie“ gegen Armut

Im Gleichstellungsbericht wird deutlich gemacht, dass ein hochwertiger Arbeitsplatz „die beste Garantie“ gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist, und dass in Zeiten einer Rezession besonders auf benachteiligte Gruppen geachtet werden muss. Ferner sollten Maßnahmen, welche beiden Geschlechtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie er-

leichtern, nicht als kurzfristiger Kostenfaktor angesehen werden.

Die Stärkung der Geschlechterdimension in der Strategie „EU 2020“ wird von der EU-Kommission auch deshalb für wichtig erachtet, weil die Beseitigung geschlechtsspezifischer Unterschiede zu mehr Wirtschaftswachstum führen werde. Im Bestfall wird EU-weit eine Steigerung des Brutto-



inlandsproduktes (BIP) von 15 bis 45 Prozent erwartet. Weiterhin verweist der Kommissionsbericht auch auf die Notwendigkeit der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Gewalt gegen Frauen verletze die Grundrechte und verursache noch dazu hohe Kosten für die Gesellschaft.

### Appell des Rates an den spanischen EU-Vorsitz

Auch der Rat der Europäischen Union vertritt die Auffassung, dass der Geschlechtergleichstellung in der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 ein größeres Gewicht verliehen werden muss. In seinen Schlussfolgerungen mit dem Titel „Gleichstellung der Geschlechter: Stärkung von Wachstum und Beschäftigung“ ersucht er Mitgliedsstaaten und Kommission, in diesem Jahr bei der Annahme der Post-Lissabon-Strategie Gleichstellungsaspekte stärker zu berücksichtigen. An den spanischen EU-Vorsitz richtete er den Appell, sich mit aller Kraft für die Verankerung von Gender-Mainstreaming in der Post-Lissabon-Strategie einzusetzen.

EU-Kommissionsbericht und Schlussfolgerungen des Rates:

[www.frauen.zwd.info](http://www.frauen.zwd.info)

→ Dokumente